

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionszeitung
Tageblatt Rieser
Gemeinl. Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gochsenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Bauamtsamts Meissen behördlicherteils bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580.
Zirkelnummer:
Nr. 52.

Nr. 112.

Donnerstag, 15. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsstörungen, Verzögerungen der Abgabe und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Anzeigen 100 Gold-Pfennige; Zeitraube und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Große Tarife. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notstandsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Chaos oder Ordnung in Indien.

Die Augen der ganzen Welt sind gegenwärtig auf Indien gerichtet. Nichts beweist dies deutlicher, als ein Appell von 102 amerikanischen Geistlichen aus New York, Washington, Baltimore, Philadelphia, Milwaukee und anderen Städten an Macdonald. In ihm wird der englische Ministerpräsident gebeten, zu einer freundschaftlichen Verständigung mit Gandhi und seinem Volke zu kommen. Als Diener der Religion, die pflichtgemäß die Grundzüge der Demokratie, der Freiheit und Brüderlichkeit vertreten, weigern sie sich, zu glauben, daß Macdonald und Gandhi nicht zusammen arbeiten können. Sie bitten die englische Regierung, nach Kräften dahin zu wirken, daß eine Katastrophe vermieden wird, die in gleicher Weise Großbritannien, Indien und die Menschheit treffen wird.

Dieser Appell wird verständlich, wenn man die Vorgänge in Indien an sich Revue passieren läßt. Schon am 5. Mai brachen die Unruhen in Delhi aus, bei denen mit knapper Not ein halbes Dutzend Europäer der Ermordung entgingen. Dem Aufruhr in Delhi folgten bewegte Streitigkeiten in Kalkutta. Die Unruhen in beiden Großstädten wurden jedoch in den Schritten gestellt durch die blutigen Wirren in Scholapur. In dieser 200 Meilen südlich von Bombay gelegenen Stadt kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Bevölkerung, bei denen 25 Tote und über 100 Verletzte zu beklagen waren. Einige Polizisten wurden in den Straßenkämpfen hoffnungslos belagert und mit Steinen und Stöcken totgeschlagen. Die amtlich eingeleiteten Untersuchungen konnten noch nicht feststellen, ob diese Polizisten dann tot, halb tot oder gar lebend von der aufgeregten Menge verbrannt wurden. Diese Vorgänge erinnern lebhaft an den traurigen Zwischenfall vom Jahre 1922 in Chauri Chaura, wo Gandhi freiwillig die Polizeistation kassierte und 22 Polizisten verbrannte.

Erfreulicherweise kam es jetzt am 10. Mai nicht, wie befürchtet wurde, zu größeren blutigen Zusammenstößen zwischen Mohammedanern und Hindus anlässlich des Festes Bakri-Id, an dem die Mohammedaner zur größeren Ehre Allahs und zum Entsetzen der Hindus Rühre opfern können. Bekanntlich ist die Kuh in den Augen der Hindus ein heiliges Tier. Dagegen sind die Unruhen in den nordwestlichen Gebieten Indiens noch nicht völlig überwunden. Selbst die englische Presse muß jetzt zugeben, daß Peshawar vorübergehend in der Hand der Aufständischen war. Zahlreiche Mitglieder des britischen Nationalkongresses in Peshawar wurden nach dem Eintreffen englischer Truppen aus Ahmednagar verhaftet. Die Säbme, die an der indisch-afghanischen Grenze wohnen und trotz aller Anstrengung der Engländer noch nicht völlig unterworfen sind, sind in den letzten Tagen jedoch anstandslos, auf Peshawar zu marschieren, wurden durch eine Demonstration eines Flugzeuggeschwaders eingeschüchtert, an dem sich nicht weniger als 40 Flugzeuge beteiligten.

Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgte man in England diese Vorgänge in Indien. Die Meinungen über das Vorgehen des Ministerpräsidenten Macdonald und des Bischofs Lord Irwin waren sehr geteilt. Die Diebstahlverlangten schärfste Maßnahmen gegen Gandhi und seine Bewegung, während die „Soft-Scapars“ der Regierung zu rufen, „etwas zu tun“, um mit Gandhi zu einer Verständigung zu kommen. Darüber herrscht jedoch in ganz England nur eine Meinung, daß der „Dominion Status“ heute für Indien noch gar nicht in Frage kommen kann. Den meisten Engländern ist Mahatma Gandhi der Prediger einer Politik ohne Gewaltmaßnahmen in Worten, in der Tat ein Apostel der Anarchie, ein Herold des Hasses und ein Urheber blutiger Zusammenstöße. Das Programm des allindischen Nationalkongresses in Lahore wird für vollständig undurchführbar gehalten. Wegen seiner Verwirklichung sind die britischen Räte, die regierenden Fürsten in ganz Indien, die Nichtbrahmanen in Südbhuden, die unterdrückten Klassen, die sich gegen die Herrschaft der führenden Klassen wenden und der größte Teil der Mohammedaner, die das System „Agrippischer Plagen“ durch die Hindus ablehnen. Würde der Dominion Status heute oder morgen eingeführt werden, dann würden die Mohammedaner des Panjab bis zu der Nordwestgrenze Indiens ablehnen, die Sikhs würden verweigern gegen seine Durchsetzung kämpfen, die Gurkhas würden von dem Hochgebirge des Himalaja herabsteigen und in Nepal ihre Schatzgräber aufwerfen, die herrschenden Fürsten würden sich bis zum äußersten zur Wehr setzen und Südbhuden ginge seine eigenen Wege. Nicht zuletzt würden die verschiedenen Richtungen bei den Hindus selber sich kämpfend gerichten.

Wo ist aus diesen chaotischen Verdrängen ein Ausweg? Die hohe britische Diplomatie ist seit Monaten auf der Suche nach ihm. Sie hat jetzt drei Wege gefunden und einen von ihnen soeben durch Lord Irwin, den Bischof von Indien, verkündigen lassen. Am 20. Oktober soll die allindische Konferenz zusammenkommen. Man will sich am runden Tisch treffen und sich gründlich austauschen. Alle indischen Gruppen, alle Klassen, alle Kasten, alle Konfessionen, alle Stände sollen sich finden. Was mag dabei herauskommen? Der Konferenz werden Zeitungsberichte zugrunde liegen, der Bericht der Simonkommission, der gründlich und leidenschaftlos die Ansichten der Engländer enthält. Der Bericht wird mit Beschleunigung ausgearbeitet und sobald wie möglich der Öffentlichkeit übergeben werden. Vliegt der Simon-Bericht vor und ist die allindische Konferenz beendet, dann hat das Kabinett Macdonald die Aufgabe, die Entscheidung des Parlaments herbeizuführen. Das britische Unterhaus ist für die Wahlberechtigung des

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 14. Mai 1930.

Das Haus ist voll besetzt. Die Tribünen sind überfüllt. Man rechnet offenbar damit, die Auflösung des Landtags und den Sturz der Regierung Schied miterleben zu können. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Edel (Soz.), daß der heute von mehreren Zeitungen veröffentlichte Bericht über die getriggerte Kettensammlung in allen Punkten unrichtig sei. Die Sozialdemokratie sei für möglichst baldige Auflösung des Landtags.

Abg. Renner (Komm.) beantragt, den Antrag auf Auflösung des Landtags in sofortige Schlussberatung zu nehmen.

Dann beginnt die Ausprobe zur Regierungserklärung und den Auflösungsanträgen.

Sie wird eröffnet durch den Abg. Böbel (Soz.). Er meint, die Regierungserklärung gehe an den wichtigsten Fragen vorbei. Nur dem Bestehenden würden greifbare Verbesserungen gemacht; so den Vermietern. Den Armen der Armen würden alle Lasten aufgebürdet. Für Fremdenverkehr und Tierärzte finde der Ministerpräsident warme Worte, nicht aber für die Arbeiter und ihre Organisationen. (Zuruf: Wir freuen uns darüber! Unruhe links.) Das Ministerium Schied sei von einer Rinderpest geboren worden. Wenn der Bürgerblock regieren wolle, dann müsse es ein Bock von Dehne bis Klinger sein. Andernfalls bleibe nur eine Regierung unter Führung der Sozialdemokraten übrig. Die Aussichten der SPD im kommenden Wahlkampf seien nicht schlecht.

Abg. Dr. Blüher (DVP.) gibt namens der Parteien und Fraktionen, die den Ministerpräsidenten Schied gewählt haben, eine Erklärung ab, in der er heißt: Wir begrüßen die vom Ministerpräsidenten abgegebene Regierungserklärung, denn sie läßt den Willen zu praktischer Gesetzgebung, Reform der Verwaltung erkennen, sowie das eifrige Bestreben, die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu überwinden. Wir sind bereit, die neue Regierung tatkräftig zu unterstützen. Als die vornehmste Aufgabe der neuen Regierung erachten wir die Verabschiedung des Staatshaushalts, weil hieron die Erteilung von Aufträgen an die Wirtschaft zur Behebung der sozialen Not und der Wohnungsnot abhängt. Weil die große Mehrheit des Volkes praktische Arbeit und keine Neuwahlen wünscht, lehnen wir die Auflösungsanträge ab. Mit der Verringerung der Zahl der Minister sind wir einverstanden.

Abg. Renner (Komm.) spricht namens seiner politischen Freunde der Regierung das Mißtrauen aus und fordert zur Auflösung des Landtags und zu Neuwahlen auf.

Abg. v. Klinger (Nat.-Soz.): Die Regierung Schied sei ein Verlegenheitskabinett derjenigen Parteien, die eine

Landtagsauflösung scheuten. Die Demokraten hätten Binger jetzt aus dem Volksbildungsministerium hinausgebracht. (Zuruf von den Demokraten. v. Klinger antwortet darauf: Halt den Schnabel, Demokrat! Große Heiterkeit links.) Seine Freunde dächten nicht daran, sich dem Diktat der Demokraten zu beugen. Etwas so Erbärmliches habe man im parlamentarischen Leben noch nicht erlebt, wie diese Regierungsbildung. Seine Partei verlange vor allem einmal reine Bahn im Arbeitsministerium. Schied sei dem Wünschen der Nationalsozialisten nicht nachgekommen, darum müsse er gestürzt werden. Die sogenannten unpolitischen Beamten seien die größten Trottel. (Große Heiterkeit links. Als der Redner schließt, rufen die Kommunisten: Heil! Heil!)

Abg. Kunz (Nat.-Soz.) spricht zur Landtagsauflösung. Den Sozialdemokraten sei bei Stellung ihres Auflösungsantrages nicht wohl gewesen. Sie seien der kapitalistischen Inflation restlos verfallen. Auch die Kommunisten seien sich ihres Wahlerfolges nicht sicher. Für seine Partei werde die Neuwahl ein politisches Ereignis werden. Man werde aus dem Ergebnis der Wahl feststellen können, daß sich in Sachen Widerstände gegen das laudable Joch des Youngplans geltend machen. Das Ziel seiner Partei sei die Befreiung des Parlaments. Seine Partei habe kein persönliches Interesse für Geheimrat Oerlich, sondern nur ein sachliches. Seine Partei sehe in den Beamten Mittel und Mater im Arbeitsministerium die Symptom einer völlig korrupten Zeit. (Anhaltende Entrüstungsbräue unter den Sozialdemokraten. Zurufe: Luma! Luma! Luma! Mehrere Sozialdemokraten kürzen sich unter schweren Drohungen nach dem Rednerpult, das sofort von den Nationalsozialisten umstellt wird. Es entsteht großer Lärm, in dem die letzten Ausführungen des Redners vollständig untergehen.)

Justizminister Dr. Richter nimmt die Beamten Mittel und Mater gegen die v. Klinger erhobenen Vorwürfe in Schutz. Die Untersuchung gegen diese Beamten schwebe noch.

Abg. Edel (Soz.) protestiert gegen die Vorwürfe der Nationalsozialisten. Sie hätten sich wieder einmal als Aufsejens charakterisiert. (Ordnungsruf.)

Ministerpräsident Schied erklärt, es sei nicht richtig, daß er vor Bildung des Kabinetts keine Rücksprache mit den Nationalsozialisten genommen habe. Bevor er mit den übrigen Parteien verhandelt habe, habe er sich am Vortage mit Herrn v. Klinger unterhalten, aus dieser Unterhaltung aber nicht den Eindruck gewonnen, daß die Nationalsozialisten dem Kabinett ihre Mitarbeit verweigern würden, auch dann nicht, wenn ihren Wünschen wegen der Behebung des Arbeitsministeriums nicht entsprochen werde.

Da die Deutsche Volkspartei der Schlussberatung der Auflösungsanträge widersprochen hat, findet die zweite Sitzung Dienstag, den 20. Mai, nachmittags 1 Uhr statt.

Ordnung in Indien und wird nicht dulden, daß das Chaos weiter um sich greift.

Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Berlin. In der Rede über den Etat des Reichsarbeitsministeriums in der Mittwochsung des Haushaltsausschusses des Reichstages wies der Berichtserhalter, Abg. Kuffner (Soz.), darauf hin, daß die Erparnisse beim Arbeitsministerium die äußerste Grenze des Möglichen erreicht hätten und daß die jetzt eingestellten Mittel für die Arbeitslosenunterstützung auf keinen Fall ausreichen würden.

Abg. Schlad (Str.) erklärte als Mitberichtserhalter, in der Personalliste sollte der Abbau sich nicht auf die unteren Stellen beschränken. Abg. Grahmann (Soz.) wandte sich gegen die Bestrebungen der sogenannten Wirtschaftskreise auf Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung. Abg. Schöster (Komm.) begründete Anträge auf Erhöhung der Sozialzuschüsse. Abg. Schneider (Dem.) verlangte genaue Nachprüfung, daß im Interesse der wirklichen Arbeitslosen kein Mißbrauch mit der Arbeitslosenversicherung getrieben werde, die niemals saniert werden könne, wenn die Saisonberufe drei- bis viermal soviel aus der Versicherung herausfallen, wie sie hineingehalt haben. Abg. Dr. Brauns (Str.) vertrat die Meinung, daß die Sozialversicherung sich nicht zu einer allgemeinen Volksversicherung auswaschen dürfe. Man müsse den Gedanken erwägen, daß es vielleicht besser sei, die Wohlfahrtsfrage vor die Junganglegung der Sozialversicherung zu legen als hinterher. Die Gesamtlasten aus der Sozialversicherung dürften nicht erhöht werden. Abg. Thiel (DVP.) erklärte, daß seine politischen Freunde niemals grundsätzlich Gegner einer Erhöhung der Arbeitsloseneiträge gewesen seien, sofern eine Beitrags-erhöhung durch eine vernünftige Organisation der Arbeitslosenversicherung zu einer Gesundung dieser Institution führen kann; leider ließen aber alle Vorschläge das nicht erwarten. Abg. Schwarzer (Bayr. Vp.) betonte sein Vertrauen zum Reichsarbeitsminister, daß der Minister den sozialen Fortschritt, der in Deutschland unläugbar vorhanden sei, auch weiter fördern werde.

Abg. Beier-Dresden (B.-Vp.) forderte Einführung der gesetzlichen Arbeitspflicht. Der Arbeitslosigkeit

könne man nur durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten zu weichen gehen, die man anzufordern, indem man Handel, Gewerbe und Wirtschaft nicht unter der Last öffentlicher Ausgaben zusammenbrechen lasse.

Abg. Häfner (Chr.-Nat.-A.-G.) begrüßte die Initiative des Ministers zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung; auch die Nichtversicherten seien durch tausend Fäden mit dem Wohl und Wehe der Sozialversicherten verbunden. Abg. Schmidt-Stettin (Dem.) schätzte das Etatsdefizit für 1930 bei dem jetzigen Zustand der Arbeitslosenversicherung auf mindestens vierhundert Millionen Reichsmark. Abg. Dr. Gerk (Soz.) wandte sich gegen die Zahlenangabe des Ministers, die ein vollkommenes Mittel für tendenziöse Verdrängungen sei.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald erwiderte, daß es ihm völlig fern liege, etwa die Sozialversicherung disziplinieren zu wollen. Er habe nicht gemeint, Deutschland habe etwa zwölf Millionen Staatsrentner oder Sozialrentner, sondern er habe nur ausgeführt, daß in Deutschland zur Zeit ungefähr zwölf Millionen Menschen aus öffentlichen Mitteln unterstützt würden. Die Frage der Arbeitslosenversicherung werde in der nächsten Zeit stärker in den öffentlichen Erörterungen hervorgerufen, es sei aber erforderlich, auf diese Frage im Zusammenhang mit dem Produktionsproblem zu sehen.

Weiterberatung heute Donnerstag.

Der Arbeitsplan des Haushaltsausschusses.

Abg. Berlin. Nach der Erledigung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird der Haushaltsausschuß des Reichstages die weiteren Etats in folgender Reihenfolge beraten: Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, Haushalt für Verpflegung und Ruhegehalt des Rechnungshofs, des Reichsparlamentarikers und der Reichsdiakone, Haushalt des Reichspostministeriums, Haushalt des Reichsministeriums des Innern, Haushalt des Reichsfinanzministeriums, der Allgemeinen Finanzverwaltung und für die Kriegslasten, Haushalt des Reichstages, Haushalt des Auswärtigen Amtes. Die Etats sollen möglichst bis zu Anfang im August erledigt werden.